

AfD nominiert Kandidaten für Landkreise

Mittlerweile drei Bewerber im Süden

POTSDAM - Die Brandenburger AfD scheint ihre Ankündigung vom Jahresanfang, im Superwahljahr 2018 möglichst in allen Landkreisen und Kommunen mit eigenen Kandidaten anzutreten, wahr machen zu wollen. Am Donnerstag benannte die Partei nach Peter Dremske, der in Elbe-Elster antritt, zwei weitere Bewerber für Landratswahlen im Süden Brandenburgs. In sechs von 14 Landkreisen stehen in diesem Jahr Landräte zur Wahl.

Der Landtagsabgeordnete Sven Schröder werde in Oberspreewald-Lausitz antreten, wie der AfD-Landesverband am Donnerstag mitteilte. In dem Landkreis wird am 22. April ein neuer Verwalter gewählt. Der parteilose Landrat Siegfried Heinze, der seit acht Jahren im Amt ist, stellt sich zur Wiederwahl. Schröder, der Mitglied des Agrarausschusses und der Kommission in Landtag ist, die sich mit der Zukunft der ländlichen Räume in Brandenburg befasst, ist bislang der einzige Gegenkandidat. „Als zukünftiger Landrat gibt es für mich keine Denkverbote, nur das Ziel, den Landkreis im Zusammenspiel mit den Menschen vor Ort voranzubringen“, so Sven Schröder. Im September 2016 kandidierte er bereits für die Wahl zum Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Mit 16,2 Prozent erreichte der Borkheider die Stichwahl nicht.

Der AfD-Kreisverband Spreewald-Nieße nominierte Stefan Kubitzki für die Landratswahl am 22. April, wie die Landespartei ebenfalls am Donnerstag mitteilte. Der 54-jährige Richtmeister ist seit 2015 Vorsitzender des Kreisverbandes Spreewald-Nieße und Mitglied im Landesvorstand. Kubitzki wolle „den verschärfenden Strukturwandel in der Lausitz in Angriff nehmen“, sagte er bei der Mitteilung seiner Bewerbung. In Spreewald-Nieße will CDU-Landrat Harald Altkrüger seinen Posten verteidigen. Gegen ihn tritt auch der Sozialdezernent des Kreises, Uerinnam Kostewicz, an. Als erster Heidegründer ist der SPD-Politiker gleichzeitiger Stellvertreter des Landrats. Am Montag hatte die AfD bekannt gegeben, dass für die Landratswahl in Elbe-Elster Peter Dremske antritt. Der Finsterwalder war bereits bei der Bundestagswahl als Direktkandidat für die AfD angetreten und holte 24,7 Prozent. Seit 2014 engagiert er sich als Bauingenieur in der AfD, wie die Partei mitteilt. Aktuell ist er Schriftführer im Vorstand des Kreisverbandes Elbe-Elster und sitzt im Landesfachschuss der AfD für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Momentan gibt es neben Peter Dremske noch zwei Bewerber für die Wahl am 22. April: Amtsinhaber Christian Heinrich-Jaschinski (CDU), die fraktionslose Landtagsabgeordnete Iris Schülke und den Einzelkandidaten Andreas Richter.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt (Oder) am 4. März tritt der Vorsitzende des AD-Stadtverbandes, Wilko Müller, an. Sven Schröder soll eine Kandidatur in der Oderstadt abgelehnt haben.

MARION KAUFMANN

Rot-Rot will Kommunen mehr Geld geben

BRIESE/POTSDAM - Die rot-rote Koalition in Brandenburg will den Kommunen deutlich mehr Geld geben. Die SPD-Fraktion erklärte nach einer Klausursitzung von 2019 an solle der Anteil der Kommunen an den Landeseinnahmen in zwei Schritten angehoben werden. „Das bedeutet allein im Doppelhaushalt 2019/20 eine zusätzliche Summe von mehr als 230 Millionen Euro für die Städte, Gemeinden und Landkreise“, sagte SPD-Fraktionschef Mike Bischoff am Donnerstag nach der Tägung in Briese (Mark) im Kreis Oder-Spree.

SPD und Linke sprachen sich außerdem dafür aus, den grundfunktionalen Zentren im Land künftig 100 000 Euro pro Jahr zu geben. Dabei handelt es sich um wichtige Ortskerne, wie Schulen oder Kitas - landesweit gibt es laut Linke mehr als 60. Die Fraktion habe bereits im November 2017 deutlich gemacht, dass diese Orte als Anker in der Fläche notwendig seien, erklärte Linken-Fraktionschef Ralf Christoffers. Die Förderung der Grundfunktionale ist ein zentraler Bestandteil der Koalition. Bereits der Nachtragshaushalt für das laufende Jahr sieht knapp eine halbe Milliarde Euro an zusätzlichen Ausgaben vor, von denen ein Teil auch an die Kommunen gehen soll. Eine besondere Herausforderung sei es, schnell weitere Kita-Plätze zu schaffen, sagte SPD-Fraktionschef Bischoff. Er regte an, dass das Land sich am Bau von 100 Kitas finanziell beteilige.

dpa



Für Toleranz. Ein gewaltfrei Miteinander forderten Cottbusser und Gäste am Donnerstagabend in Cottbus, nachdem die Stadt nach Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Deutschen in die Schlagzeilen geraten war. Foto: Stephan Reinhold/afp

Werbung für Weltoffenheit

Sternmarsch in Cottbus soll Image der Stadt nach Übergriffen verbessern

COTTBUS - Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat am Donnerstagabend in Cottbus ausgesprochen. Denn die Demonstration zum 73. Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten mit deutlichen Worten: für Weltoffenheit geworden und vor einem erstarkenden Rechtsextremismus gewarnt. Anlass waren die Debatten um Gewalttaten von Flüchtlingen auf Deutsche und der wachsende Zulauf für Demonstrationen des rechten Vereins „Zukunft Heimat“. „Wir lassen uns den Ruf nicht kaputt machen, Cottbus ist eine weltoffene Stadt“, sagte Woidke.

Der Sternmarsch wird seit Jahren vom Verein „Cottbus Aufbruch“ organisiert - ursprünglich als Reaktion auf Kundgebungen von Neonazis zum Jahrestag der Bombardierung. Auch die Landesparteien von SPD, CDU, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatten zur Teilnahme an der Demonstration unter dem Motto „Cottbus bekennt Farbe“ aufgerufen, ebenso das Brandenburger Institut für Politik und die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.

Neben Woidke waren weitere Mitglieder der Landesregierung anwesend, ebenso CDU-Oppositionsführer Ingo Schiller am Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU), der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Markus Dröge sowie Leag-Chef Heilmann Rendz. Nach Angaben unterschiedlicher Beobachter nahmen maximal 1500 Menschen an der Demonstration teil. Für alle Beteiligten ist die Teilnehmerzahl von Belang - wegen der Frage,

wie stark das Signal ist, das vom Sternmarsch am Donnerstagabend in Cottbus ausgeht. Denn die Demonstrationen zum „Zukunft Thema“ hatten wachsenden Zulauf, dabei waren auch Neonazis, Hooligans, die als rechtsextremistisch eingestuft „Identitäre Bewegung“, zuletzt zum Demoplatz aus Dresden. Cottbus ist von dem rechten Bündnis zum neuen Kampfplatz gegen die Flüchtlingspolitik ausgerufen worden - wegen zweier Angriffe von Flüchtlingen auf Deutsche. Bei der

Cottbus sei eine attraktive Stadt, betonte Bischof Markus Dröge

jüngsten Demonstration vor zwei Wochen waren es nach neuesten Angaben fast 3000 Teilnehmer, darunter zahlreiche aus Sachsen. Cottbus ist zugleich das Zentrum der rechten Szene im Land, ein „Fünftel rassistischer Gewalttaten wird hier registriert. Laut dem Bündnis „Cottbus ist bunt“ ereignete sich der jüngste rechte Übergriff am Donnerstagmorgen. Zwei spanischsprachige Studentinnen seien in der Stadt rassistisch angegriffen und mit Steinen beworfen worden.

Die Stadt sieht sich wegen der Auseinandersetzungen in den vergangenen Wochen zu Unrecht als rechtsgerichtet dargestellt, die Sorge vor einem Imageschaden ist groß. Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) sagte: „Wir sind nicht gespalten, wir sind vorne.“ Die mit dem Land vereinbarten Maßnahmen - der Zuweisungsstopp aus der Erstaufnahme,

mehr Polizisten und mehr Sozialarbeiter - würden greifen. Bischof Dröge sagte, Cottbus sei eine attraktive Stadt, auch für Menschen, die aus Kriegsgebieten oder unruhigen Lebenssituationen hätten fliehen müssen. In der Stadt gebe es großes Engagement, um Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, darauf könne Cottbus stolz sein. Aber es habe auch „erschreckendes in Cottbus gegeben“. Flüchtlinge seien bedroht und verfolgt worden, andere Flüchtlinge hätten Angst vor dem Übergriff. Das verunsichere und mache Angst. Angst dürfe jedoch nicht mit Angesichern beantwortet werden. „Wir haben schon einmal erlebt in diesem Land, dass die Abschottung und die Vergeltung der eigenen Nation zu unethisch wie Leid, Krieg und Vernichtung geführt haben“, sagte Dröge. Dafür stehe auch der 15. Februar, der Jahrestag des Bombenangriffs auf die Stadt.

Brandenburgs früherer Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) hatte zuvor in einem Interview mit der „Lausitzer Rundschau“ die Sorge geäußert, dass angesichts der Proteste gegen Flüchtlinge positive Entwicklungen nicht wahrgenommen werden. „Viele Menschen fühlen sich benachteiligt, aber auch in Cottbus ist sehr viel Gutes geschehen“, sagte Stolpe. Die Stadt hat mehr Flüchtlinge aufgenommen, als sie nach den Vorgaben hätte aufnehmen müssen. Das war ein starkes Stück Solidarität. Und es half auch, die Teilnehmerzahl über 100 000 zu halten“, sagte Stolpe. Dies müsse aber alles organisiert werden und erfordere von allen Beteiligten höchste Anstrengungen.

ALEXANDER FRÖHLICH (MIT FFP/DPA/AFP)

Das KZ der Hauptstadt

Die Gedenkstätte Sachsenhausen soll tiefer im Bewusstsein der Berliner verankert werden

VON ALEXANDER FRÖHLICH

ORANIENBURG - Ganze 40 Außenlager hatte das Konzentrationslager Sachsenhausen in Berlin - von insgesamt 100. Doch für die Hauptstadt spielt die Gedenkstätte kaum eine Rolle. Günter Morsch konnte das in den 25 Jahren, in denen er hier tätig ist und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten leitete, nicht ändern. „Man fragt mich immer nach dem Erfolg“, sagt Morsch. Gewiss, er hat einige vorzuweisen. Weil er seit der Amtsübernahme 1993 das Gedenken angekämpft hat - vom verordneten DDR-Antifaschismus zur modernen Museumsarbeit an einen Erinnerungsort zu den Vorbereitungen der Nationalen. Weil seither 80 Millionen Euro investiert wurden, was nicht viel ist über die Zeit. Weil jedes Jahr zwischen 700 000 Besucher aus aller Welt kommen, insgesamt zwölf Millionen seit 1993. Und weil trotz der Rufe von AfD-Politikern nach einer Rechtswende in der Erinnerungskultur gerade bei jungen Menschen das Interesse hoch bleibt.

Für Morsch, der Ende Mai in Pension gehen wird und die Leitung an den Münchner Historiker Axel Drechsel übergibt, ist es die letzte Jahrespressekonferenz als Stiftungsdirektor. Da will er auch vor sein Scheitern sprechen - in einem Punkt. „Es ist nicht gelungen, den Erinnerungsort Sachsenhausen zum Teil der Berliner Geschichte zu machen“, sagt der 65-Jährige. „So wie Dachau oder Ravensbrück gehört, so gehört Sachsenhausen zu Berlin.“ Zumal das Lager eine Sonderrolle für die Reichshauptstadt hatte: 115,5 Kilometer von der nördlichen Stadtgrenze entfernt, landeten große Teile der Berliner Arbeiterbewegung, Läger war die Inspektion, die Verwaltungszentrale aller Konzentrationslager. Deshalb hat Morsch, der die Gedenkstätte in einer Liga mit den großen Museen Berlins sieht, für die Ausstellung zur Geschichte Berlins im Humboldt-Forum eine klare Forderung: Dort müsse Sachsenhausen endlich als „KZ der Hauptstadt“ entsprechend gewürdigt werden. Die Gedenkstätte biete gerade Sammlungsstücke als Dauerleihgabe an. In diesem Jahr soll auch eine Handy-App entstehen, mit denen die 40, zum Teil nicht mehr kennlichen Außenlager in Berlin erkundet werden können. Zugleich fordert Morsch mehr Geld für den Erhalt der historischen Orte wie Sachsenhausen oder Ravensbrück und das ZuchtHaus und die Puthaus-

Gedenkstätte in Brandenburg/Havel. Trotz umfangreicher Sanierungen seien viele Anlagen in die Jahre gekommen, die Finanzierenghülle der Außenlagergerade mit vergleichbaren Einrichtungen wie dem Deutschen Historischen Museum in Berlin nicht Schritt. Lange Zeit hätte es rund drei Millionen Euro pro Jahr für Investitionen gegeben, inzwischen seien es nur noch etwa 1,1 Millionen Euro. Und EU und Bundeswissenschaften mit dem Mittel zurückhaltender. Die Finanzierung sei völlig „unterdimensioniert“.

Gebaut wird, aber langsam. Erst jetzt, am 25. Februar, wird für 35 000 Euro gesammelte Objekte und 450 Meter Regale voller Dokumente aus dem Dritten Reich und aus der Zeit des sowjetischen Speziallagers ein neues Depot eröffnet. Die bisherigen Provisorien haben ein Ende. Das Depot vor Balingen provisorisch im ehemaligen Kino des Lagers untergebracht. Und im früheren Frauenkonzentrationslager Ravensbrück wird bis 2020 das Müngelände erschlossen, die gesamte Fläche des Lagers hergerichtet, das gesamte Ausmaß sichtbar gemacht.

Investitionen sind auch in Lieberose (Dahme-Spreewald) nötig. Das frühere Außenlager soll in die Stiftung aufgenommen werden. Dafür habe sich der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, persönlich bei Bundes- und Landesregierung eingesetzt, sagt Morsch. Denn Lieberose sei einer der wichtigsten und zentralen Orte der Shoah in Deutschland. Im Februar 1945 waren dort 1342 zumeist ungarische Juden, die aus Auschwitz-Birkenau kamen, von der SS erschossen worden. In einem ersten Schritt soll nun in Lieberose eine Gedenkstätte als „Ort der Trauer“ eingerichtet werden.

Wie nötig die Arbeit ist, macht Morsch an einem Beispiel deutlich. Die Forschung zu den Täter-Motiven habe an Gewicht gewonnen. Wichtig sei das auch angesichts der AfD im Bundesaus, aus der heraus die deutsche Geschichte geleugnet werde, die offen den Erinnerungskontext in Zweifel ziehe. Morsch: „Wenn man nach den Motiven der Täter vor dem Zweiten Weltkrieg fragt, wird man erstaunliche Parallelen entdecken.“



Schreckensort. Jedes Jahr kommen inzwischen rund 700 000 Besucher aus aller Welt zur Gedenkstätte Sachsenhausen im Landkreis Oranienburg. Foto: Stephan Reinhold/afp

Trösten und verarzten zwischen Mathe und Deutsch

Brandenburg testet den Einsatz von Schulkrankenschwestern. Eine erste Evaluierung zeigt: Die Pflegeprofis werden gebraucht

POTSDAM - 20 Jahre lang hat Michaela Keller auf einer Intensivstation gearbeitet. Seit November 2016 wird sie zwar auch intensiv gebracht, aber bei weniger schweren Krankheiten. Ob Wunde vom Sportunterricht, Erkältung, Kopfschmerzen, Übelkeit, Stress oder Zuckerkontrolle bei einem Diabetikerkind - die 41-Jährige ist zur Stelle. Bis zu zwölf Schülern am Tag kommen zu Michaela Keller in ihr Hochleistungsraum. Sie ist eine von zehn sogenannten Schulgesundheitsfachkräften, die während eines Modellversuchs an 20 Brandenburgischen Schulen eingesetzt sind. Keller ist Ansprechpartnerin für die Solar-Oberschule sowie die Dietersweg-Grundschule in Belfitz. Ob sie dauerhaft junge Patienten direkt neben dem Klassenzimmer behandeln kann oder ihr Einsatz im Oktober endet, ist noch nicht klar. Am Donnerstag legte das Land Zwischenergebnisse vor. Erst nach einer ausführlicheren Evaluation soll entschieden werden, ob die Schulkrankenschwestern nach skandinavischem Vorbild möglichst flächendeckend in Brandenburg etabliert werden.

„Wir wünschen uns, dass es weitergeht“, sagt Sozialministerin Diana Golze (Linke) bei der Vorstellung der Zwischenergebnisse, die vom Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaften der Berliner Charité erhoben wurden. Diese legen nahe: Der Bedarf zumindest an den Grundschulen ist da. Jedes zweite Grund-

schulkind holte sich Rat bei der Gesundheitsfachkraft, wie die Auswertung eines Zeitraums von zwei Monaten ergab. In der Sekundarstufe suchte jedes vierte Kind das Krankenzimmer in der Schule auf. Um entscheiden zu können, wie es mit dem Modellprojekt weitergeht, seien aber weitere belastbare Daten nötig, so Golze. Und Geldgeber. Der zwei Jahre dauernde Modellversuch unter Trägerschaft des Bezirksverband Potsdam der Arbeiterwühlfahrt (AWO) kostet 1,1 Millionen Euro. Der Löwenanteil trägt die Krankenkasse AOK Nordost, auch die Unfallkasse Brandenburg sowie das Sozial- und Bildungsministerium beteiligen sich finanziell.

„Damit Kinder gut lernen können, müssen sie gesund sein“, ist Bildungsministerin Ulrike Ernst (SPD) überzeugt. Die multiprofessionelle Schule, an der nicht nur Lehrer, sondern auch medizinisches Fachpersonal, Sozialarbeiter- und pädagogische arbeiten, entspricht einem modernen Verständnis von Bildung. Die Schulkrankenschwestern können zum Beispiel auch in der Prävention mitarbeiten und

Kinder über gesunde Ernährung aufklären. Auf diese Weise würde der Gesundheitsdienst in den Schulen verbreitert, meint Stefanie Stoff-Ahns von der AOK. Gerade auch in Zeiten, in denen Inklusion und der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap, in Brandenburg selbstverständlich werden soll, seien die Gesundheitsfachkräfte für die Schulen hilfreich, ergäbe Claus Fleuberg, Chef der Unfallkasse.

Für die stellvertretende Schulleiterin Kathrin Ronstok ist Michaela Keller einfach eine Entlastung im Schullag. Wenn früher ein Kind krank geworden sei, sei es im Sekretariat betreut worden, bis Eltern kamen. Den Lehrern würde so einiges abgenommen, für das ihnen im Zweifel auch die Fachkompetenz fehlt. Medikamente darf allerdings auch Michaela Keller nicht verabreichen.

Sorgen, genügend Personal zu finden falls das Modellprojekt ausgeweitet wird, hat AWO-Bezirkschefin Angela Schwert nicht. Zum Beispiel für ältere Pflegekräfte, denen der Schichtdienst im Krankenhause zu viel wird, oder Frauen, die Kran-

gen ihrer eigenen Familien lieber stundenplanmäßig Arbeitszeiten haben, interessieren sich für den Einsatz in der Schule. „Ich habe auch 20 Jahre Intensivmedizin einfach ein anderes Handlungsfeld gesucht“, erklärt Michaela Keller ihre Motivation. Sie fände es schön, nun auch gefragt zu sein, bevor jemand ernsthaft krank werde.

Hessen ist das zweite Bundesland, das den Einsatz von Schulkrankenschwestern testet. Eine endgültige Auswertung liegt auch dort noch nicht vor, aber eine ähnliche Tendenz wie in Brandenburg: Das Angebot wird genutzt. Bis zu 40 Kinder der täglich suchen dort die Gesundheitsfachkräfte auf. Allerdings sind die größten Schulen im Einsatz. Bei einer Fachtagung in Potsdamer Mercurel-Jotel wurden die Voregebnisse am Donnerstagabend durch Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Bremen seien angefragt, so Ministerin Golze. „Es gibt bundesweites Interesse an der Idee“, sagte sie. Brandenburg könne eine Pionierfunktion einnehmen.

MARION KAUFMANN



Gesund lernen. Michaela Keller ist an zwei Belfitzer Schulen eingesetzt. Foto: Kaufmann